

---

# A und F 50plus

**Akademiker und Freunde 50plus e.V.**

Vorsitzender: Dipl.phil. Richard W. Hafemann

---

Postanschrift:  
Striesener Straße 2, 01307 Dresden  
Treff „Amadeus“

Tel.: 0351-4496116  
PKW: 0151-22330838  
Mail: akafreu50plus@online.ms

Nr. 3 / 2014

Juni 2014

---

## A&F 50plus – MITTEILUNGEN FÜR MITGLIEDER UND FREUNDE

---

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde,

in diesem Heft informieren wir Sie in einem Beitrag über Sachverhalte zum Rentenreform-Paket und in einem zweiten Beitrag über Sachverhalte zur Ukraine-Krise. Letztgenannter Beitrag war in Nr. 2/2014 angekündigt, aber mangels Platz nicht aufgenommen worden. Weiterhin berichten wir über kulturelle Aktivitäten im Verband. Zuerst gratulieren wir aber traditionsgemäß Geburtstagskindern der Monate Mai und Juni 2014 sehr herzlich und wünschen ihnen für das neue Lebensjahr Gesundheit, Wohlergehen und viel Freude.

### **Geburtstage im Mai**

Herr Dr. Peter Harmening

### **Geburtstage im Juni**

Frau Rosemarie Bilz, Frau Dr. Siglinde Hauffe, Frau Dr. Veronica Haupt und Frau Aini Teufel

Uns erreichte die traurige Nachricht, dass unser ehemaliges langjähriges Verbandsmitglied

### **Herr Werner Matschke**

am 07.05.2014, kurz nach seinem 82. Geburtstag, verstorben ist.

Der Sächsische Bergsteigerchor „Kurt Schlosser“ verabschiedet sich mit einer Trauerfeier am

**13. Juni 2014 14.00 Uhr im Krematorium Tolkewitz**

von Werner Matschke.

Über 40 Jahre leitete Werner Matschke als Chefdirigent den Bergsteigerchor „Kurt Schlosser“ und schuf für „seinen Chor“ fast 100 Kompositionen, Arrangements und Bearbeitungen. Von 1969 bis 1991 erlebte der Kulturpalast unter seinem Direktorat 83 000 Veranstaltungen seltener Vielfalt vor 25 Millionen Besuchern.

Vorstand und Mitglieder des Verbands „Akademiker und Freunde 50plus“ bekunden der Familie ihr herzliches Beileid und werden Werner Matschke in ehrender Erinnerung behalten.

Uns erreichte die traurige Nachricht, dass unser ehemaliges langjähriges Verbandsmitglied

**Diplom-Wirtschaftler Horst Bärsch**

geb. 08.07.1930

gest. 05.05.2014

verstorben ist.

Horst Bärsch war Jahrzehnte als Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Handel und Versorgung in Dresden tätig. Er war u.a. von 1982 bis 1989 Schirmherr des Dresdner Striezelmarktes. Seine „Schilderungen und Betrachtungen zum Dresdner Striezelmarkt und zum Marktgeschehen in der Stadt Dresden der Jahre 1945 bis 1989“ erschienen im Hille-Verlag.

Vorstand und Mitglieder des Verbands „Akademiker und Freunde 50plus“ bekunden der Familie ihr herzliches Beileid und werden Horst Bärsch in ehrender Erinnerung behalten.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Thema</b>	<b>Seite</b>
Empört Euch!	2
Werden in der Ukraine deutsche Interessen verletzt?	5
Wanderung im April	10
Vortrag „Tourismusland Indien“	11

Prof. Dietrich Wende

### Empört Euch!

In der Diskussion um das Rentenpaket der Regierungskoalition gab es massiven Widerstand einflussreicher konservativer Kreise, des Wirtschaftsflügels der Union und von Unternehmerverbänden mit dem Ziel der Verhinderung. Für diesen Kurs wurde sogar die Europäische Union bemüht, Deutschland im Juni wegen Verstoßes gegen EU-Vereinbarungen zur gemeinsamen Rentenpolitik eine Rüge zu erteilen. Mit maßgeblichen Korrekturen und Abspeckungen konnte schließlich am 23.05.2014 die mehrheitliche Zustimmung des Bundestags eingeholt werden.

Der SPIEGEL veröffentlichte in der Ausgabe 20-2014 unter obiger Überschrift einen Leitartikel, der meinen Unwillen erregte. Ich verfasste einen Brief an die Redaktion mit einer Gegendarstellung, der bis jetzt nicht beantwortet worden ist. Der Vorstand unseres Verbands beschloss, diesen Brief unseren Mitgliedern zur Kenntnis zu geben.

#### **Kurze Inhaltsangabe des Spiegel-Leitartikels:**

Die Bundesregierung verrät mit der Rentenreform die junge Generation. Niemand empört sich, obwohl die Rentenreform mehr Schaden für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft anrichtet als 20 ermäßigte Hotelsteuern. Die Jugend schläft, empörte sich aber 2009 wegen der ermäßigten Hotelsteuer über eine sogenannte übelste Klientelpolitik der FDP. Das Rentenpaket ist übelste Klientelpolitik der Parteien der Regierungskoalition, um deren Stammwähler bei der Stange zu halten. Dabei gibt es gute Gründe, die heutige Rentnergeneration zur Verantwortung zu ziehen, statt sich ihr anzudienen. Sie hinterlässt ihren Nachfolgern Billionen Schulden und eine ramponierte Umwelt.

Mit dieser Großreform hat die heutige Regierung einen Eintrag in das Guinnessbuch der Rekorde verdient, denn noch nie wurde die Wirklichkeit so konsequent ausgeblendet. Der demografische Wandel wird ignoriert, immer weniger Beschäftigte müssen für immer mehr Rentner bezahlen. Bei einer solchen Ausgangslage die Leistungen auszuweiten ist so, als würde man dem Klimawandel mit dem Bau von Kohlekraftwerken begegnen.

Eine verantwortungsvolle Politik wäre, das Rentenniveau weiter zu senken und die jungen Menschen zur privaten Altersvorsorge zu animieren. Warum soll eine junge Krankenschwester die Mütterrente einer Bankiersgattin bezahlen? Mit den 160 Milliarden Euro des Rentenpakets, die den Arbeitnehmern abgeknöpft werden, könnten Universitäten, Forschung, Infrastruktur usw. gefördert werden. Der Horizont der Berliner Politik war selten beschränkter als bei dieser Rentenreform. Es gibt keine Demonstrationen auf der Straße, nicht einmal eine bequeme Onlinepetition. Was ist das für eine Generation, die im Netz über 200000 Unterschriften für die Absetzung des TV-Moderators Markus Lanz sammelt, aber eine Rechnung über 160 Milliarden achselzuckend hinnimmt?

Für diesen Rückzug ins Private wird die Jugend bald die Rechnung erhalten. Auf dem Gehaltszettel!

#### **Der Brief vom 16.05.2014**

Sehr geehrte Spiegelredaktion !

Seitdem es den Spiegel auch in der ehemaligen DDR zu kaufen gab, lese ich ihn nahezu regelmäßig. Ich freue mich stets über die umfangreiche Themengestaltung und die objektiven und tiefgründigen Recherchen. Mit ihrem Leitartikel in der Ausgabe 20/2014 „Empört euch!“ haben Sie aber völlig daneben gegriffen. Sie bedienen hier die Angst- und Stimmungsmache wirtschaftsliberaler und konservativer Politiker und Unternehmer gegen zwei dringend notwendige Verbesserungen der Renten- und Sozialpolitik und bemühen dazu die Umfunktionierung des Demografie-Problems in die Demografie-Lüge. Das beginnt schon in der Einleitung mit dem absurden Vergleich der Mütterrente und Rente mit 63 mit der ermäßigten Übernachtungssteuer in Hotels, der Aufwertung der beiden „Reförmchen“ zu einer Jahrhundertreform, die die deutsche Wirtschaft an den Abgrund bringt, und mit dem völlig deplatzierten Aufruf zum Widerstand.

Natürlich ist das Gesetzespaket in seiner jetzigen Form nicht optimal. Statt einer überhasteten Inkraftsetzung sollten sich Befürworter und Kritiker zusammensetzen, um es optimal, betrugsfrei und nachbesserungsfrei zu gestalten und von der Entweder-Oder-Position abrücken.

Warum spielen Sie wieder einmal Jung gegen Alt aus? Meine Kinder und Enkel empören (!) sich jedenfalls nicht, wenn Mutti durch die Mütterrente etwas mehr Geld zur Verfügung hat, sondern sie sind uns sehr dankbar, dass meine Frau und ich ihnen unter persönlichen Einschränkungen zu einer guten Berufsausbildung bzw. zu einem guten Studienabschluss verholfen haben. Sie empfinden den bewährten Generationenvertrag als gerecht. Auch von keinem meiner ehemals zahlreichen Studenten, Diplomanden, Doktoranden und Habilitanden habe ich jemals gehört, dass sie meine **nur** (!) gesetzliche Rente gegenüber den heutigen Beitragszahlern als ungerecht empfinden.

Auch ich habe nicht bis zum gesetzlichen Renteneintritt arbeiten können, obwohl ich meinen Beruf als Hochschullehrer über alles liebte und bei Studenten, Diplomanden, Doktoranden und Habilitanden anerkannt war. Wegen einer Bechterew-Erkrankung und den sehr schmerzhaften Begleiterscheinungen musste ich den Hörsaal vorzeitig verlassen.

Warum soll Arbeitnehmern der abschlagsfreie Ausstieg aus dem Berufsleben mit 63 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen verwehrt werden? Der Ausstieg aus dem Berufsleben kommt auf jeden Fall, mit 63, 65 oder 67 Jahren. Ein umsichtiger Unternehmer plant rechtzeitig den Wechsel am Arbeitsplatz, durch Ausbildung, Qualifizierung und Einarbeitung der jungen Nachfolger. Wenn

der Unternehmer ein besonderes Interesse daran hat, seinen Angestellten bis zum gesetzlichen Rentenalter im Betrieb zu halten, kann er ihn doch mit einem günstigen Angebot bewerben? Stimmt das Betriebsklima, werden nicht wenige davon Gebrauch machen. Bei rechtzeitiger Einstellung auf die neue Situation werden die Betriebe durch das Rentenpaket keinesfalls an den Rand des Ruins gebracht.

Die von der Bundesregierung angedachte Finanzierung durch die Rentenversicherung ist allerdings ein Problem. Im umlagefinanzierten Rentensystem rufen erhöhte Ausgaben erhöhte Beitragszahlungen hervor. Sonst droht die Pleite. Die erweiterte Mütterrente und die Abschlagsfreiheit müssen deshalb vom Steuerzahler übernommen werden.

Ist der Staatshaushalt tatsächlich so eng gestrikt, dass sich – wie Sie behaupten – durch Übernahme der Kosten der beiden „Rentenreformchen“ tatsächlich ernsthafte Probleme für die Finanzierung der Universitäten, von Wissenschaft und Forschung und Infrastruktur usw. ergeben? Wohl kaum. Durch Vermeidung von Steuerbetrug und Steuerverkürzung durch Schlupflöcher jedweder Art und dem Verschleudern von Steuergeldern durch den Staat selbst könnte das Rentenpaket finanziert werden. Ich erinnere nur an Stuttgart 21, an die Hamburger Elblandphilharmonie, an den Berliner Flughafen, an das Forschungsprojekt Transrapid, an die völlig verkorkte Energiewende der Kanzlerin, an die Steuergeldgeschenke für die Finanzinstitute und Pleitestaaten während Banken- und Finanzkrise, aber auch an die unnützen Ausgaben für den verlorenen Afghanistan-Krieg usw. Dem Freistaat Sachsen beispielsweise stünden 2,75 Milliarden Euro Steuergeld mehr zur Verfügung, wenn er nicht die Bürgerschaft für das Zocken der Sächsischen Landesbank bedienen müsste.

Für das Bedienen des Rentenpakets würde keine Notwendigkeit bestehen, den Arbeitnehmern – wie Sie schreiben – zusätzlich 160 Milliarden Euro abzuknöpfen, wenn der Staat seiner Verpflichtung zu Sparsamkeit und Wachsamkeit nachgekommen wäre.

Warum muss – wie Sie schreiben – nur der Arbeitnehmer die Finanzierung des Rentenpakets tragen? Warum ist es in dem reichen Deutschland nicht möglich, dass auch das Kapital zur Finanzierung herangezogen wird? Sind wir noch eine Solidargemeinschaft oder ist diese schon ausgestorben?

Ich muss den Verfassern des Leitartikels recht geben, wenn sie feststellen, dass die Jugend politisch zu uninteressiert ist, wenn es um ihre ureigensten Interessen, z.B. die spätere Rente, geht. Das böse Erwachen kommt erst bei Erhalt des Rentenbescheids. Das von Ihnen formulierte „Empört Euch!“ müsste sich tatsächlich auf die im Rahmen der Agenda 2010 umgesetzte Rentenreform von Riester / Schröder beziehen, denn diese Rentenreform betrügt die heutigen Beitragszahler und treibt sie in die Altersarmut.

Der Rentenreform von Riester / Schröder beinhaltet ein auf mehreren Säulen beruhendes Alterseinkommen (gesetzliche Rente, Riesterrente, private Altersvorsorge). Die gesetzliche Rente wird bis 2030 von 70 % des letzten Netto-Arbeitseinkommens auf 43 % abgeschmolzen (53 % sind heute erreicht). Die staatlich geförderte Riesterrente soll den Rentenabfall kompensieren. Das Abschmelzen der gesetzlichen Rente über den Riesterfaktor in der Rentenformel schreitet konsequent fort, aber die Kompensation durch die Riesterrente erweist sich als Flop. Gewinner der Riesterrente sind die Geldinstitute, die staatliche Förderung und Zinsen komplett und einen Teil der eingezahlten Beiträge als Gewinn einstreichen. Die Demontage der gesetzlichen Rente erfüllt nur den Zweck, die Altersvorsorge durch Privatisierung dem Profitstreben der Versicherungs- und Finanzwirtschaft zu öffnen.

Durch die langfristig angelegte Niedrigzinspolitik der EZB ist das private Sparen für das Alter unattraktiv geworden. Das bekommen schon die heutigen Rentner deutlich zu spüren. Die Zinsen sind

niedriger als die Inflationsrate. Menschen, die im staatlich geförderten Niedriglohnssektor arbeiten, sind überhaupt nicht in der Lage, private Altersvorsorge zu betreiben.

Somit ist die Rentenreform von Riester / Schröder als gescheitert anzusehen!

Dieses Problem ist von Holger Balodis / Dagmar Hühne im Buch „**Die Vorsorgelüge – Wie Politik und private Rentenversicherung uns in die Altersarmut treiben**“ analysiert worden. Vor diesbezüglichen Warnungen steckt die Bundesregierung den Kopf in den Sand. Sie glaubt, mit der Grundrente und der Wohngeldzahlung die notwendige Stabilität geschaffen zu haben. Die Rentenreform von Riester / Schröder fand damals leider einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Niemand erahnte die Gefahr, die darin steckt. Heute fordert wenigstens der DGB das sofortige Aussetzen des Riesterfaktors und Einfrierens des Rentenniveaus auf 50 %.

Eine Verschärfung der Situation führt die teilweise drastische Steigerung der Wohnkosten – Miete, Betriebskosten und Energiekosten (EEG) – herbei.

Die Überschrift des Spiegel-Leitartikels – Empört Euch! – müsste sich also richtigerweise auf die von der Rentenreform Riester / Schröder ausgelöste, für den Wohlstand der künftigen Rentnergenerationen gefährliche Fehlentwicklung beziehen. Hier muss die Politik handeln!

Mit freundlichen Grüßen

Dietrich Wende

Prof. Dietrich Wende

## **Werden in der Ukraine deutsche Interessen verletzt?**

Die Ereignisse in der Ukraine, die zu den armen Ländern Europas zählt und eine Oligarchendemokratie ist, sind unseren Lesern hinreichend bekannt. Aus einem friedlichen sozialen Aufbegehren wurde mit den Schüssen und mehr als 80 Toten auf dem Maidan (nach ZDF-Recherchen abgegeben aus der Zentrale einer der heutigen Regierungsparteien) ein Bürgerkrieg, der sich in eine militärische Auseinandersetzung zwischen Russland auf der einen Seite und von USA, Nato und EU auf der anderen Seite weiterzuentwickeln droht. Modern ausgerüstete prorussische Separatisten und eine von den USA und der Nato erneuerte ukrainische Armee stehen sich unversöhnlich gegenüber.

Anlässlich des Gedenkens an den Ausbruch des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren sollten wir uns daran erinnern, dass ein weltpolitisch vollkommen unbedeutendes Ereignisses (Mord in Sarajevo) durch falsche Reaktionen der damaligen Großmächte zur ersten Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts führte. Im Hinblick auf die Ereignisse in der Ukraine ist dieses Gedenken aktueller denn je!

Man muss feststellen dass Deutschland mit seinem Eingreifen in den Ukraine-Konflikt – Auftreten des deutschen Außenministers auf dem Maidan, Wohlstands- und Sicherheitsversprechungen im Falle des Beitritts zur EU und Nato, enges Paktieren mit und Parteinahme für die provisorische Regierung in Kiew usw. – nicht deeskaliert, sondern beflügelt hat.

Auf dem Boden der Ukraine wird jetzt stellvertretend ein Interessenkonflikt zwischen Russland, das keine fremde Militärmacht an seiner Südgrenze und im Schwarzen Meer dulden kann, und den USA (Aufbau einer Militärpräsenz auch an der russischen Südgrenze und im Schwarzen Meer, um die Entwicklung Russlands zur Großmacht zu verhindern) ausgetragen.

Obwohl durch die Ereignisse in der Ukraine keinerlei deutsche Interessen verletzt worden sind, hat sich die Bundeskanzlerin in Nibelungentreue zum amerikanischen Freund verpflichtet, dessen ag-

gressives Vorgehen zu unterstützen. Bei seinem Auftritt in Berlin und Brüssel hat Präsident Obama zum Ausdruck gebracht, dass er nicht verstehen kann, dass 62 % der Deutschen „Putinverstehler“ sind und nicht den Mut haben und keine Opferbereitschaft aufbringen wollen, gemeinsam mit dem amerikanischen Freund für Freiheit und Demokratie in der Ukraine zu kämpfen.

Da 30 % des deutschen Außenhandels mit Russland bestritten wird und da Deutschland 1/3 seines Gas- und Ölbedarfs aus Russland deckt, hätten die von den Amerikanern bei der Bundeskanzlerin eingeforderten radikalen Wirtschaftssanktionen verheerende Folgen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen. Im Nachgang würden sich daraus auch bedeutenden Nachteile für die Bevölkerung, eine Bedrohung des erreichten Sozialstandards, ergeben. Beim Staatsbesuch Putins in China wurde am 21.05.2014 ein sehr umfangreiches Wirtschaftsabkommen zwischen Russland und China abgeschlossen, mit dem die Folgen der vorgesehenen Sanktionen von EU / Deutschland für Russland weitestgehend paralytisiert werden. Einmal gekappte Wirtschaftsbeziehungen sind kaum wieder herzustellen.

Nach einem (hoffentlich baldigen) Ende des Konflikts wird sich die Ukraine an Deutschland wenden, die versprochenen Hilfsgelder zur Verfügung stellen, obwohl das Vermögen der ukrainischen Oligarchen reicht, um den Staat wieder auf Vordermann zu bringen. Der Altbundeskanzler Gerhard Schröder hat davor gewarnt, dass Hilfsgelder in den Taschen der Oligarchen verschwinden. Hilfspflichtzahlungen bedeuten, dass im deutschen Staatshaushalt das nötige Geld für überfällige Sozial- und Infrastrukturprojekte dann fehlt.

Ist dieses deutsche Opfer für die Durchsetzung der Machtinteressen der USA gerechtfertigt?

Eindeutig nein! Deshalb muss für uns Deutsche gelten: Hände weg vom Konflikt in der Ukraine und keine Sanktionen gegenüber Russland!

Um den dichten politischen Informationsnebel über der Ukraine wenigstens ein kleines Stück zu lüften, werden hier Beiträge zweier erfahrener Politiker, die nicht in der Presse publiziert worden sind, angehängt: Vom Vorsitzenden der Linksfraktion im deutschen Bundestag Gregor Gysi und vom CDU-Mitglied im Europaparlament Hermann Winkler.

**Gregor Gysi am 13.03.2014 im Deutschen Bundestag:**

### **Ukraine - Es gibt nur den Weg der Diplomatie - Antwort auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Putin will die Krise in der Ukraine militärisch lösen. Er hat nicht begriffen, dass die Probleme der Menschheit weder mit Soldaten noch mit Gewehren zu lösen sind, ganz im Gegenteil. Auch die Probleme Russlands lassen sich so nicht lösen. Sein Denken und Handeln ist falsch und wird von uns deutlich verurteilt. Es ist aber dasselbe Denken, das im Westen vorherrschte und vorherrscht: bei Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak und Libyen. An die Stelle der Systemkonfrontation sind die Interessengegensätze der USA und Russlands getreten. Der Kalte Krieg ist beendet, aber solche Interessengegensätze können zu ganz ähnlichen Zügen führen.

Die USA wollen mehr Einfluss gewinnen und vorhandenen verteidigen, und Russland will mehr Einfluss gewinnen und vorhandenen verteidigen. Ich sage als Stichworte zu Russland nur: Georgien, Syrien, Ukraine. Auch wenn man Putins Vorgehen verurteilt, muss man sehen, wie es zur gesamten Zuspitzung und Konfrontation kam. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Alles, was NATO und EU falsch machen konnten, haben sie falsch gemacht.

Ich beginne bei Gorbatschow im Jahre 1990. Er schlug ein gemeinsames europäisches Haus, die Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages und ein Konzept der „Gemeinsamen Sicher-

heit“ mit Russland vor. Das hat die NATO ausgeschlagen. Sie hat gesagt: Den Warschauer Vertrag aufzulösen, ist okay, aber die NATO bleibt. Und aus dem Verteidigungsbündnis NATO wurde ein Interventionsbündnis gemacht.

Der zweite Fehler: Bei der Herstellung der deutschen Einheit erklärten der amerikanische Außenminister, unser damaliger Außenminister Genscher und andere Außenminister gegenüber Gorbatschow, dass es **keine Osterweiterung der NATO** geben wird. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Es gab eine vehemente Ausweitung der NATO in Richtung Russland.

Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates bezeichnete die eifertige Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die NATO als schweren Fehler und den Versuch des Westens, die Ukraine in die NATO einzuladen, als schwere Provokation. Nicht ich, sondern der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister hat das erklärt.

Dann kam drittens der Beschluss, Raketen in Polen und Tschechien zu stationieren. Die russische Regierung sagte: Das tangiert unsere Sicherheitsinteressen; wir möchten das nicht. Das hat den Westen überhaupt nicht interessiert. Es wurde dennoch gemacht.

Zudem hat die NATO im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg das Völkerrecht mehrfach und schwer verletzt. Das räumt inzwischen auch der damalige Kanzler Schröder ein. Serbien hatte keinen anderen Staat angegriffen, und es gab keinen Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Es wurde dennoch mit erstmaliger bundesdeutscher Beteiligung nach 1945 bombardiert. Und die Bewohnerinnen und Bewohner des Kosovo durften in einem Volksentscheid die Loslösung von Serbien beschließen.

Ich habe damals die Völkerrechtsverletzung schwer kritisiert und Ihnen gesagt: Sie öffnen beim Kosovo eine Büchse der Pandora; denn wenn das im Kosovo erlaubt ist, müssen Sie es auch in anderen Gegenden erlauben. Sie haben mich beschimpft. Sie haben es nicht ernst genommen, und zwar weil Sie glaubten, solche Sieger im Kalten Krieg zu sein, dass alle alten Maßstäbe für Sie nicht mehr gelten. Ich sage Ihnen: Die Basken fragen, warum sie keinen Volksentscheid machen dürfen, ob sie zu Spanien gehören wollen oder nicht. Die Katalanen fragen, warum sie keinen Volksentscheid machen dürfen, ob sie zu Spanien gehören wollen oder nicht. Natürlich fragen das nun auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Krim.

Durch Völkerrechtsverletzung kann man über Gewohnheitsrecht auch neues Völkerrecht schaffen; das wissen Sie. Ich bleibe aber der Meinung, dass die Abtrennung der Krim völkerrechtswidrig wäre, genauso wie die Abtrennung des Kosovo völkerrechtswidrig war.

Ich wusste aber, dass sich Putin auf den Kosovo berufen wird, und er hat es auch getan. Jetzt sagen Sie, Frau Bundeskanzlerin: Die Situation ist doch eine völlig andere. Das kann schon sein, Sie verkennen aber: Völkerrechtsbruch ist Völkerrechtsbruch. Meine liebe Frau Roth, fragen Sie doch einmal einen Richter, ob ein Diebstahl aus edlerem Motiv im Vergleich zu einem Diebstahl aus unedlerem Motiv kein Diebstahl ist. Er wird Ihnen sagen: Es bleibt ein Diebstahl. - Das ist das Problem.

Herr Struck hat damals erklärt: Die Bunderepublik muss ihre Sicherheit am Hindukusch verteidigen. Nun erklärt Herr Putin: Russland muss seine Sicherheit auf der Krim verteidigen. Deutschland hatte am Hindukusch übrigens keine Flotte und war auch wesentlich weiter entfernt. Trotzdem sage ich: Beide Sätze waren bzw. sind falsch.

Aber es bleibt auch Folgendes: Wenn viele Völkerrechtsverletzer dem Völkerrechtsverletzer Russland vorwerfen, das Völkerrecht zu verletzen, ist das nicht besonders wirksam und glaubwürdig. Das ist die Tatsache, mit der wir es zu tun haben.

Obama sprach genauso wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, von der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten. Aber diese beiden Prinzipien wurden in Serbien, im Irak, in Libyen verletzt.

Der Westen meinte, das Völkerrecht verletzen zu können, weil der Kalte Krieg vorbei sei. Man hat die chinesischen und die russischen Interessen grob unterschätzt. Sie haben Russland unter Jelzin, der häufig angetrunken war, überhaupt nicht mehr ernst genommen. Aber die Situation hat sich geändert. Sehr spät berufen Sie sich jetzt wieder auf die im Kalten Krieg entstandenen völkerrechtlichen Grundsätze. Ich bin sehr dafür, dass sie wieder gelten - aber dann für alle! Anders geht es nicht.

Dann gab es das Gezerre zwischen der EU und Russland an der Ukraine. Beide dachten und handelten gleich. Barroso, der Kommissionschef der EU, hat gesagt: Entweder Zollunion mit Russland oder Verträge mit uns! Er hat nicht gesagt: „Beides“, sondern: „Entweder - oder!“. Putin hat gesagt: Entweder Verträge mit der EU oder mit uns! Beide haben gleichermaßen alternativ gedacht und gehandelt. Das war ein verheerender Fehler von beiden Seiten.

Kein einziger EU-Außenminister hat versucht, mit der russischen Regierung zu sprechen und die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Russland fürchtet doch, dass nach engeren Beziehungen mit der EU die NATO in die Ukraine kommt. Es fühlt sich immer eingekreist. Aber es wurde nur an der Ukraine gezerrt. Die EU- und NATO-Außenminister haben die Geschichte Russlands und der Ukraine völlig unberücksichtigt gelassen. Sie haben die Bedeutung der Krim für Russland nie verstanden. Die ukrainische Gesellschaft ist tief gespalten. Auch das wurde nicht berücksichtigt. Diese tiefe Spaltung zeigte sich schon im Zweiten Weltkrieg, und sie zeigt sich auch heute. Die Ostukraine tendiert in Richtung Russland. Die Westukraine tendiert in Richtung Westeuropa. Es gibt derzeit keine einzige politische Persönlichkeit in der Ukraine, die beide Teile der Gesellschaft repräsentieren könnte. Das ist eine traurige Wahrheit.

Dann gibt es noch den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE. Die haben Sie in letzter Zeit schwer vernachlässigt, Frau Bundeskanzlerin und Herr Außenminister. Die Gelder für diese Organisationen wurden immer mehr zusammengestrichen, weil Sie meinten, dass sie nicht wichtig sind. Das sind aber die einzigen europäischen Organisationen, in denen sowohl Russland als auch die Ukraine organisiert sind. Deshalb müssen wir diese Organisationen wieder stärken, auch finanziell, und dürfen nicht über einen Ausschluss Russlands faseln; das ist völlig daneben.

Dann erlebten wir eine starke Zuspitzung auf dem Maidan. Wir erlebten Scharfschützen und viele Tote. Es gibt verschiedene Gerüchte. In solchen Situationen wird viel gelogen. Deshalb schlagen wir vor, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen. Wir, aber vor allem die Ukrainerinnen und Ukrainer haben ein Recht, zu erfahren, was dort gelaufen ist und wer dort welche Verantwortung trägt. Ich freue mich, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, das unterstützen.

Auf dem Maidan gab es viele demokratische Kräfte, aber auch Faschisten. Der Westen machte direkt und indirekt mit.

Dann haben Außenminister Steinmeier, der französische und der polnische Außenminister mit Janukowitsch und der Opposition einen Vertrag geschlossen. Jetzt sagen Sie, Herr Außenminister, Janukowitsch habe die Vereinbarung durch seine Flucht hinfällig gemacht. Das ist falsch. Die Menschen auf dem Maidan lehnten die Vereinbarung mit großer Mehrheit ab, und Sie, Herr Außenminister, haben auf dem Platz auch nicht für diese Vereinbarung geworben. Erst nach der Ablehnung verließ Janukowitsch Kiew.

Dann tagte das Parlament und wählte ihn mit 72,88 Prozent ab. Die Verfassung schreibt aber 75 Prozent vor. Nun sagen Herr Röttgen und andere: Na ja, bei einer Revolution kann man nicht so genau auf die Verfassung achten. Ein paar Prozentchen mehr oder weniger ... Das kann man ja alles machen. Nur, Putin beruft sich darauf und sagt: „Es gab nicht die verfassungsmäßige Mehrheit für die Abwahl“, und stützt sich deshalb auf Schreiben, die Janukowitsch ihm sendet.



Außerdem: Bei der Abstimmung im Parlament standen lauter Bewaffnete herum. Das ist nicht besonders demokratisch. Bei der Volksabstimmung auf der Krim am kommenden Sonntag stehen auch lauter bewaffnete Soldaten herum. Auch das ist nicht besonders demokratisch.

Interessant ist, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen, ein solcher Volksentscheid sei nach der ukrainischen Verfassung verboten. Wann gilt sie denn nun und wann nicht? Bei der Abwahl des Präsidenten gilt sie nicht, und bei der Abstimmung auf der Krim soll sie plötzlich gelten. Sie müssen schon wissen: Akzeptieren Sie die ukrainische Verfassung ganz oder nur in bestimmten Teilen, wenn es Ihnen genehm ist? Das ist die Art, die ich kenne und die ich nicht mag.

Dann wurde eine neue Regierung gebildet, sofort anerkannt von Präsident Obama, auch von der EU, auch von der Bundesregierung. Frau Merkel! Der Vizepremierminister, der Verteidigungsminister, der Landwirtschaftsminister, der Umweltminister, der Generalstaatsanwalt, das sind Faschisten. Der Chef des nationalen Sicherheitsrates war Gründungsmitglied der faschistischen Swoboda-Partei. Faschisten haben wichtige Posten und dominieren zum Beispiel den Sicherheitssektor. Noch nie haben Faschisten freiwillig die Macht wieder abgetreten, wenn sie einmal einen Teil davon erobert hatten. Zumindest die Bundesregierung hätte hier eine Grenze ziehen müssen, schon aufgrund unserer Geschichte.

Als Haiders FPÖ in die österreichische Regierung ging, gab es sogar Kontaktsperren und Ähnliches. Und bei den Faschisten in der Ukraine machen wir nichts? Swoboda hat engste Kontakte zur NPD und zu anderen Naziparteien in Europa. Der Vorsitzende dieser Partei, Oleg Tjagnibok, hat Folgendes wörtlich erklärt. Ich zitiere jetzt; Sie müssen sich anhören, was er wörtlich gesagt hat: „Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“ Ende des Zitats. - Ich wiederhole. Dieser Mann hat gesagt: „Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“ Es gibt jetzt Übergriffe auf Jüdinnen und Juden und auf Linke, und gegen all das sagen Sie nichts? Mit diesen Swoboda-Leuten reden Sie? Ich empfinde das als einen Skandal. Ich muss Ihnen das ganz klar sagen.

Jetzt wollen Sie, auch das haben Sie angekündigt, Sanktionen verhängen, wenn es nicht anders ginge, wie Sie sagen. Aber die werden Putin nicht imponieren. Das spitzt doch die Situation nur zu. Kissinger, der ehemalige Außenminister der USA, hat recht. Er sagt, die Sanktionen seien nicht Ausdruck einer Strategie, sondern Ausdruck des Fehlens einer Strategie. Das gilt auch für die eskalierenden Militärflüge über Polen und die baltischen Republiken. Was soll das?

Konten von Janukowitsch und seinen Anhängern sind gesperrt, weil es gestohlenen Staatsgeld sei  
Meine Frage: Das wussten Sie vorher nicht? - Zweite Frage: Warum eigentlich nur deren Konten? Was ist mit dem Milliardenvermögen der Oligarchen, die andere Kräfte unterstützen? Warum machen Sie da nichts? Wie einseitig läuft das eigentlich alles? Es gibt nur den Weg der Diplomatie.

Erstens. Der Westen muss die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands auf der Krim anerkennen, wie das übrigens auch US-Außenminister Kerry erkannt hat. Es muss ein Status für die Krim gefunden werden, mit dem die Ukraine, Russland und wir leben können. Russland muss garantiert werden, dass die Ukraine nicht Mitglied der NATO wird.

Zweitens. Die Perspektive der Ukraine liegt in einer Brückenfunktion zwischen EU und Russland.

Drittens. Es muss in der Ukraine ein Prozess der Verständigung und Versöhnung zwischen Ost und West eingeleitet werden, vielleicht über einen föderalen oder konföderalen Status, vielleicht auch über zwei Präsidenten.

Was ich der EU und der NATO vorwerfe: Bis heute ist kein Verhältnis zu Russland gesucht und gefunden worden. Das muss sich jetzt gründlich ändern.

Sicherheit in Europa gibt es weder ohne noch gegen Russland, sondern nur mit Russland. Wenn die Krise eines Tages überwunden ist, könnte ein Vorteil darin bestehen, dass das Völkerrecht endlich wieder von allen Seiten respektiert wird.

Danke schön

## **CDU-Europapolitiker Hermann Winkler warnt vor weiteren Sanktionen gegen Russland**

Berlin (dpa) - Der CDU-Europapolitiker Hermann Winkler hat davor gewarnt, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verschärfen. "Sanktionen schaden uns nur selbst und treffen vor allem die ostdeutsche Wirtschaft."

Das sagte der Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten im Europaparlament der Zeitschrift "Super Illu". Vorwürfe erhob Winkler gegen die Vereinigten Staaten. Dass gerade die USA nach Verschärfungen der [Sanktionen](#) riefen, deute darauf hin, dass Washington wirtschaftliche Ziele verfolge. "Schließlich sind die USA seit dem Fracking-Boom auf dem Weg zu einem der größten Gasexporteure weltweit. [Russland](#) ist nun ein unliebsamer Konkurrent. Wir müssen aufhören, ein Diener der Amerikaner zu sein", erklärte Winkler.

Die Ukraine-Krise könne nur durch Kooperation mit Russland gelöst werden. Andernfalls brächen historisch gewachsene Geschäftsbeziehungen ostdeutscher Betriebe mit Russland weg, die dann von Wettbewerbern besetzt würden. Eine Politik der Konfrontation sei "blind gegenüber der Geschichte und taub gegenüber der anderen Seite".

## **Wanderung im April**

Die Sonne war unser Begleiter!



Wie verabredet trafen sich tüchtige Wanderinnen und Wanderer am Donnerstag, den 24.04.2014 am Hauptbahnhof, um die avisierte Tour Richtung Spreequellen zu starten. Unser Wanderleiter gab uns gute Ratschläge und musste sich leider schon am frühen Morgen verabschieden, da er eine neue Hüfte für zukünftige Unternehmungen in Aussicht hat.....Herr Rudolf Seidel übernahm nun die

Wanderleitung. Pünktlich brachte uns der Zug nach Neugersdorf. Wir lernten einen hübschen Ort kennen, der durch Umgebendhäuser mit gepflegten Vorgärten einen guten Auftakt für die Wanderung bildete. Dort erkundeten wir die 1. Spreequelle, die unter einem attraktiven Dach gut geschützt ist. Ein erster kleiner Aufstieg führte uns zur Felsenmühle, einem stattlichen Hotel mit wunderbarer Aussicht bis in die Tschechische Republik. Weiter ging es auf sehr guten Wanderwegen bis zum Schlechteberg.

Da der dort errichtete Aussichtsturm verschlossen war, bewunderten wir das daneben stehende Humboldt-Museum und liefen weiter über Ebersbach und Walddorf zur nächsten Spreequelle auf dem Kottmar. Waldwege und schöne Weiten wechselten und zeigten uns die Schönheit diese lieblichen Landschaft, besonders durch große blühende Rapsfelder und Obstbäume jahreszeitlich ver-



schönt. Der Abstieg führte uns nach Obercunnersdorf, das sich auch voller Stolz mit gepflegten Umgebendehäusern und Vorgärten zeigte. Als wir endlich in der Gaststätte „Kretscham“ ankamen, wurden wir freundlich von der Wirtin empfangen, die vorher telefonisch von unserem etwas verspäteten Eintreffen unterrichtet wurde. Mit großem Genuss verspeisten wir unser Mal. Nebenbei bemerkt

hatte niemand eine Seniorenportion bestellt...Als wir satt und zufrieden den Bus bestiegen, begann ein heftiger Regen, den wir ruhig aus unserer trockenen Sicht betrachten konnten. In diesem Moment fragten wir uns, wie unser Wanderleiter dies alles auf die Sekunde geplant haben konnte.

Er ist eben doch perfekt!

Edith Robota

## Tourismusland Indien

Der Vorstand unseres Verbands Akademiker und Freunde 50plus hatte für Donnerstag, den 22. Mai 2014 in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Amadeus“ zu einem Clubnachmittag eingeladen. 22 Mitglieder und Freunde waren der Einladung gefolgt. Thema war ein Videovortrag von Herrn Tobias Wolf über das Tourismusland Indien.

Herr Wolf sprach einleitend über die Indische Union mit ihrer wechselvollen Geschichte, Geografie, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und über die Religionen und stellte seine individuelle Reiseroute vor. Sie begann in der Bundeshauptstadt Neu-Dehli und führte über kulturell bedeutsame Städte bis in die abgelegene Kaschmir-Region. Für jeden Reiseabschnitt hatte er ein Video mit Erklärungen vorbereitet. Den Hauptteil der Zeit nahm das Video über die vom Tourismus noch unerschlossene Kaschmir-Region ein.



Imposant anzuschauen war die Fahrt über die gefährliche Kaschmir-Hochstraße, Verkehrs-dichte wie auf einer Autobahn, die an der Straße lebenden Menschen. Herr Wolf beantwortete zahlreiche Fragen. Am schluss wurde ihm herzlich gedankt.

Prof. Dietrich Wende



Endredaktion:  
Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende

Redaktionsschluss:  
28.05.2014

Impressum:  
Verband „Akademiker und Freunde 50plus“  
Vorsitzender: Dipl. phil. Richard W. Hafemann

Vorstandsmitglieder:  
Dr. sc. phil. Rosemarie Griese  
Dipl. Kulturwiss. Maria Möbius  
Dipl.-Ing. Horst Korbella

Frau Gisela Waldmann  
Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende

Postanschrift:  
Striesener Straße 2  
01307 Dresden  
Treff „Amadeus“  
Tel.: 0351-4496116  
PKW: 0151 – 22330838  
Mail: akafreu50plus@online.ms